
Zuschuss für Elektroautos soll steigen

Um die Elektromobilität voranzutreiben soll die Förderung steigen. Beim gestrigen Spitzentreffen im Kanzleramt einigten sich Politik und Industrie darauf, den Umweltbonus für batterie-betriebene Fahrzeuge bis 2025 zu verlängern sowie um 50 Prozent auf 6000 Euro zu erhöhen und für Plug-in-Hybride auf 4500 Euro. Dies gilt für Modelle mit einem Netto-Listenpreis bis 40 000 Euro. Für Fahrzeuge mit einem Nettolistenpreis bis 65 000 Euro soll der Zuschuss um 25 Prozent angehoben werden. Eine Entscheidung soll noch im Laufe des Monats fallen.

Die Automobilindustrie wird sich – wie bisher – daran paritätisch beteiligen. Außerdem wird geprüft, wie junge E-Gebrauchtwagen, die weder beim Ersterwerb noch als Firmenwagen des Ersterwerbers eine staatliche Förderung erhalten haben, beim Kauf eine Umweltprämie erhalten können.

Einig war sich die Runde, dass die derzeit etwa 20 000 öffentlichen Ladepunkte bei Weitem nicht ausreichen. „Notwendig bis 2030 sind 1 Millionen öffentliche Ladepunkte, zusätzlich 100 000 Schnell-Ladepunkte und mehrere Millionen private Ladepunkte“, sagte Bernhard Mattes, Präsident des Verbands der Automobilindustrie (VDA). Das setze eine übergreifende Planung und energische Umsetzung voraus.

Für die öffentliche Ladeinfrastruktur seien die Kommunen in einer zentralen Rolle, um den Ausbau mit der nötigen Ortskenntnis voranzutreiben. Die „Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur“, die das Bundesverkehrsministerium in diesem Jahr einrichten werde, müsse die erforderlichen Ressourcen und Kompetenzen bekommen, um die Planung voranzutreiben, die Akteure zu unterstützen und den Ausbau übergreifend zu koordinieren, so der VDA-Präsident. Er fordert auch „eine spürbare Förderung privater Ladeinfrastruktur zentral für den Hochlauf der Elektromobilität“. Die geplante Finanzierung in Höhe von 50 Millionen reicht nach Einschätzung von Mattes längst nicht aus. (ampnet/jri)

Bilder zum Artikel



Elektromobilität.

Foto: Auto-Medienportal.Net